

# VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 2 | 6. bis 19. Januar 2020

## INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

## ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

### 1. EU-Parlament nimmt Verhandlungen mit EU-Ministerrat über Sammelklagen für Verbraucher auf

Der Rechtsausschuss des EU-Parlaments bestätigte am 9. Januar 2020 den in der vorigen Legislaturperiode festgelegten Standpunkt des EU-Parlaments zum Vorschlag für eine Richtlinie „über Verbandsklagen zum Schutz von Kollektivinteressen der Verbraucher“. Zweck dieser Richtlinie ist es, Verbrauchern zu ermöglichen, in Fällen wie dem Dieselskandal ihre Rechte nicht nur individuell, sondern auch kollektiv geltend machen zu können. Damit erhalten sogenannte „qualifizierte Einrichtungen“ die Möglichkeit, Klagen im Namen der Verbraucher einzuleiten. Das EU-Parlament kann nunmehr die Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat aufnehmen, der seinen Standpunkt am 28. November 2019 festgelegt hat.

„Mit der europaweiten Einführung von Sammelklagen können Verbraucher künftig einfacher entschädigt werden. Die hohe Beteiligung an der Musterfeststellungsklage gegen VW zeigt, dass Verbraucher gemeinsam klagen wollen. Diesen Weg müssen wir fortsetzen und nun europaweit eine noch effektivere Sammelklage auf den Weg bringen,“ so Klaus Müller, Vorstand des vzbv.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200108IPR69812/negotiations-on-new-eu-collective-redress-rules-to-begin>

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0222\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0222_DE.html)  
(Standpunkt EU-Parlament)

#### Impressum

Verbraucherzentrale  
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17  
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel  
Isabelle Buscke  
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter  
nehmen wir gerne entgegen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14600-2019-INIT/de/pdf>  
(Standpunkt EU-Ministerrat)

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/europaeische-verbandsklage-sicht>

## 2. Mehr Transparenz im Onlinehandel

Die EU-Richtlinie „zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union“ ist am 7. Januar 2020 in Kraft getreten. Die Richtlinie soll insbesondere für mehr Transparenz für Verbraucher bei Online-Geschäften sorgen. Der Rechtsakt ändert vier Richtlinien zu Verbraucherrechten, nämlich jene zu unlauteren Geschäftspraktiken, zu Verbraucherrechten, zu unlauteren Vertragsbedingungen und zur Preisangabe. Wesentlicher Inhalt ist die Bekämpfung von irreführenden Rankings und Rezensionen auf Online-Marktplätzen. Online-Marktplätze und Vergleichsdienste wie Amazon, eBay, Airbnb oder Skyscanner müssen transparenter werden. Bei Verstößen gegen Verbraucherschutzbestimmungen sollen Geldbußen bis zwei Millionen Euro oder mindestens vier Prozent des Jahresumsatzes des Gewerbetreibenden im vorangegangenen Geschäftsjahr in dem/den betreffenden Mitgliedstaat(en) festgelegt werden, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

Bis zum 28. November 2021 erlassen und veröffentlichen die EU-Mitgliedstaaten die Maßnahmen, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie wenden diese Rechtsvorschriften ab dem 28. Mai 2022 an.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200107-verbraucherrechte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200107-verbraucherrechte_de)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019L2161&from=EN> (Richtlinie)

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/mehr-transparenz-im-onlinehandel>

## 3. Stärkung der für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden

Seit dem 17. Januar 2020 gilt die EU-Verordnung vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden. Dank der aktualisierten Verordnung verfügen die nationalen Behörden über stärkere Befugnisse, Unregelmäßigkeiten aufzudecken und rasch gegen unseriöse Händler vorzugehen. Nationale Verbraucherbehörden können Websites oder Social-Media-Konten, die Betrügereien enthalten, berichtigen, unkenntlich machen oder entfernen lassen. Sie können auch Informationen von Domäneninhabern, Internet-Service-Providern und Banken anfordern, um Finanzströme zu verfolgen und um die Identität der Personen herauszufinden, die hinter irregulären Praktiken stehen. Sie können auch Testkäufe durchführen

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32017R2394&from=EN>

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cpc\\_regulation\\_factsheet\\_-\\_sharper\\_teeth\\_for\\_eu\\_consumer\\_protection.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cpc_regulation_factsheet_-_sharper_teeth_for_eu_consumer_protection.pdf)

[https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumers/enforcement-consumer-protection/coordinated-actions\\_de](https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumers/enforcement-consumer-protection/coordinated-actions_de)

## **BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR**

### **1. Sicherheitsauflagen für neue Kraftfahrzeuge**

Die Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen ist am 5. Januar 2020 in Kraft getreten. Zu den neuen obligatorischen Sicherheitsmerkmalen gehören:

- Für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge, Lkw und Busse: Warnung bei Müdigkeit und Ablenkung des Fahrers (z. B. Smartphone-Nutzung während der Fahrt), intelligente Geschwindigkeitsassistenten und Rückwärtsfahrtsicherheit mit Kamera oder Sensoren sowie Unfalldatenaufzeichnung („Black-Box“); Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperre.
- Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge: Spurhalteassistent, erweitertes Notbremsassistentensystem (nur Pkw) und crashtesterprobte Sicherheitsgurte.
- Für Lkw und Busse: besondere Vorgaben zur Verbesserung der direkten Sicht der Bus- und Lkw-Fahrer und zur Beseitigung toter Winkel sowie Einführung von Systemen, die schutzbedürftige Straßenverkehrsteilnehmer vor und neben dem Fahrzeug erkennen und vor allem beim Abbiegen davor warnen.

Die neuen Sicherheitsmerkmale sind ab dem 6. Juli 2022 verbindlich, mit Ausnahme der Direktsicht bei Lkw und Bussen und des erweiterten Kopfaufschlagbereichs bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen, die wegen der nötigen Konstruktionsänderungen erst später folgen werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019R2144&from=EN>

### **2. Strengere CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen**

Seit dem 1. Januar 2020 gilt die Verordnung zur Festsetzung von CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge. Damit soll sichergestellt werden, dass ab 2030 im Vergleich zu 2021 neue Pkw

durchschnittlich 37,5 Prozent weniger CO<sub>2</sub> und neue Nutzfahrzeuge durchschnittlich 31 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Zwischen 2025 und 2029 muss bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen ein Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 15 Prozent erreicht werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32019R0631>

### **3. EU-Passagierrechte zu wenig bekannt**

Die EU-Kommission veröffentlichte am 13. Januar 2020 die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage zum Thema Passagierrechte in der Europäischen Union (EU). Danach wissen nur 32 Prozent der EU-Bürger, dass es in der EU Passagierrechte für Flug-, Bahn-, Bus- und Schiffsreisende gibt. In Deutschland sind es 44 Prozent. Diejenigen, die in den letzten zwölf Monaten per Flugzeug, Bahn (Fernverkehr), Reisebus, Schiff oder Fähre unterwegs waren, wissen etwas besser Bescheid. Europaweit wissen 43 Prozent von ihnen, dass es EU-Passagierrechte gibt. Befragte, die bei Flugreisen Störungen erlebten, haben sich eher beschwert als die Nutzer anderer Verkehrsträger. Hier sehen die Anteile so aus: 37 Prozent der Fluggäste gegenüber 26 Prozent der Busreisenden, 24 Prozent der Bahnreisenden und 18 Prozent im Schiffs- oder Fährverkehr. Befragte, die auf Reisen Probleme hatten, aber keine offizielle Beschwerde einreichten (72 Prozent), gaben als Hauptgrund dafür an, dass dies ihrer Meinung nach zu nichts führe (45 Prozent), und an zweiter Stelle, dass der Betrag, um den es ging, zu gering war (25 Prozent).

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200113auf-reisen-der-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200113auf-reisen-der-eu_de)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_19\\_6814](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_6814)

<https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2200>

### **4. EU-Ökodesign und -Energieetiketten verbessern die Energieeffizienz**

Nach einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs haben die Maßnahmen der Europäischen Union in den Bereichen Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung zu mehr Energieeffizienz geführt. Allerdings habe es erhebliche Verzögerungen im Regelungsprozess gegeben, so dass Ökodesign-Anforderungen nicht mehr dem technologischen Fortschritt entsprachen, und Energieetiketten nicht mehr relevant waren, um Verbrauchern bei der Unterscheidung zwischen den Produkten mit der höchsten und der niedrigsten Effizienz zu helfen. Außerdem stellten Verstöße gegen die Rechtsvorschriften vonseiten der Hersteller und Einzelhändler weiterhin ein großes Problem dar. Nach einer jüngsten Schätzung der EU-Kommission entsprächen insgesamt 10 bis 25 Prozent der verkauften Produkte nicht den EU-Rechtsvorschriften.

Die Ökodesign- und Energieetiketten ergänzen einander:

- Im Rahmen der Ökodesign-Gesetzgebung der EU werden Energieeffizienzanforderungen und weitere Anforderungen an die Produktgestaltung festgelegt und dadurch die Umweltverträglichkeit verbessert. Produkte, die diese Anforderungen nicht erfüllen, dürfen in der EU nicht verkauft werden; somit werden die Produkte mit der schlechtesten ökologischen Bilanz vom Markt genommen.
- Mit EU-Energieetiketten werden Geräte nach ihrem Energieverbrauch auf einer Skala von A bis G eingestuft. Auf den Etiketten wird eine Schätzung des jährlichen Energieverbrauchs eines jeden Produkts angegeben und ähnliche Produkte werden entsprechend ihrer Energieeffizienzklasse eingestuft. Dies ermöglicht es den Verbrauchern, sachkundige Entscheidungen zu treffen.

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr20\\_01/insr\\_ecodesign\\_and\\_energy\\_labels\\_de.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr20_01/insr_ecodesign_and_energy_labels_de.pdf)

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/sr20\\_01/sr\\_ecodesign\\_and\\_energy\\_labels\\_de.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/sr20_01/sr_ecodesign_and_energy_labels_de.pdf)

## FINANZDIENSTLEISTUNGEN

### EU-Ratspräsidentschaft will Kapitalmarktunion voranbringen

Im ersten Halbjahr 2020 führt Kroatien den Vorsitz im EU-Ministerrat. Der kroatische Vorsitz wird besondere Anstrengungen unternehmen, um die verbleibenden Maßnahmen durchzuführen, die im Aktionsplan für den Aufbau einer Kapitalmarktunion vorgesehen sind. Kroatien wird die Festlegung neuer Prioritäten unterstützen, die zur Annahme des neuen Aktionsplans für den nächsten institutionellen Zyklus führen werden. Unter Berücksichtigung der Rolle des Finanzsektors beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft will der kroatische Ratsvorsitz dazu beitragen, diesem Aspekt Priorität einzuräumen. Neue Finanzierungsquellen und gut konzipierte und transparente Produkte würden dazu beitragen, die Kapitalmärkte für kleine und mittlere Unternehmen und Bürger attraktiver zu machen. Sie würden auch das Wachstum innovativer Unternehmen fördern und die Möglichkeiten für langfristige Investitionen und die Beteiligung von Kleinanlegern an den Kapitalmärkten erweitern.

[https://vlada.gov.hr/UserDocsImages/Vijesti/2019/12%20prosinac/31%20prosinca/web\\_FINAL\\_PROGRAMME\\_EN\\_FINAL.pdf](https://vlada.gov.hr/UserDocsImages/Vijesti/2019/12%20prosinac/31%20prosinca/web_FINAL_PROGRAMME_EN_FINAL.pdf)

## GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

### **EU-Kommission für globalen Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem**

Bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin haben die EU-Kommissare Janusz Wojciechowski, zuständig für Landwirtschaft, und Stella Kyriakides, zuständig für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, über die Herausforderungen und Chancen des europäischen Grünen Deals für die Landwirtschaft gesprochen. Stella Kyriakides sagte mit Blick auf die für Frühjahr geplante Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, dass dies einer der wichtigsten Bausteine des Grünen Deals sei. Die Kommission wolle mit dieser Strategie den „globalen Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem“ unterstützen und eine Vorreiterrolle übernehmen. „Was wir diesmal anders machen werden, ist auch, dass unsere Strategie zum weltweiten Standard für Nachhaltigkeit wird und dass unsere Lebensmittel mit minimalen Auswirkungen auf die Natur produziert werden.“ Dabei soll es insbesondere auch um eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln gehen, sagte die Kommissarin.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200117-igw-2020\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200117-igw-2020_de)

## TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

### **1. EU-Statistikamt ermittelt Sicherheitsprobleme bei Nutzung des Internets für private Zwecke**

Das Europäische Amt für Statistik (Eurostat) führte im Jahr 2019 eine Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken für private Zwecke durch. In der Erhebung wurden Einzelpersonen im Alter von 16 bis 74 Jahren erfasst. Einzelpersonen wurden zu sicherheitsrelevanten Problemen befragt, die beim Zugang zum Internet auf einem beliebigen mit dem Internet verbundenen Gerät auftreten konnten, z. B. auf einem Desktop-Computer, einem Laptop, einem Tablet, einem Smartphone oder einem sonstigen Gerät.

26 Prozent der EU-Bevölkerung gaben an, dass sie betrügerische Nachrichten erhalten hatten, mit denen versucht wurde, an Informationen wie den Benutzernamen und das Passwort zu kommen, um sich auf E-Mail-Konten oder Websites für E-Banking anzumelden (Phishing), während 13 Prozent auf gefälschte Websites umgeleitet wurden, auf denen personenbezogene Informationen angefordert wurden (Pharming). 3 Prozent der Bevölkerung wurden durch die betrügerische Nutzung von Kredit- oder Debitkarten geschädigt, ebenfalls 3 Prozent durch den Verlust von Dokumenten, Bildern oder anderen Daten aufgrund

eines Virus oder einer anderen Computerinfektion (z. B. Wurm oder Trojaner). 2 Prozent stellten fest, dass ihr Nutzerkonto für soziale Netzwerke oder ihr E-Mail-Konto gehackt worden war und Inhalte ohne ihr Wissen veröffentlicht oder versandt wurden.

44 Prozent der Befragten im Alter zwischen 16 und 74 Jahren gaben an, ihre privaten Internetaktivitäten in den letzten 12 Monaten aufgrund von Sicherheitsbedenken eingeschränkt zu haben. 25 Prozent reduzierten die Bereitstellung personenbezogener Informationen an soziale oder berufliche Netzwerkdienste, 19 Prozent die Nutzung von öffentlichem WLAN und 17 Prozent das Herunterladen von Software, Apps, Musik, Videodateien, Spielen oder anderen Dateien. 16 Prozent gaben an, den Online-Einkauf und 13 Prozent das Internet-Banking eingeschränkt oder vermieden zu haben.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10335076/9-16012020-BP-DE.pdf/f972b94e-e78b-ac38-eabc-7029fde9a9cf>

## **2. Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof für enge Begrenzung von Vorratsdatenspeicherung**

Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona hat sich am 15. Januar 2020 dafür ausgesprochen, an der bisherigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes festzuhalten wonach eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung sämtlicher Verkehrs- und Standortdaten aller Teilnehmer und registrierten Nutzer unverhältnismäßig sei. Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und zur Bekämpfung der Kriminalität komme nur eine begrenzte und differenzierte Speicherung für einen bestimmten Zeitraum in Frage. In den Ausgangsfällen geht es um den Erwerb und die Nutzung von Massen-Telekommunikationsdaten durch die Sicherheits- und Nachrichtendienste Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Gerichtshof nicht bindend. Aufgabe des Generalanwalts ist es, dem Gerichtshof in völliger Unabhängigkeit einen Entscheidungsvorschlag für die betreffende Rechtssache zu unterbreiten.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-01/cp200004de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=222262&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1018605> (UK)

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=222263&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1018759>  
(FR)

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=222264&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1018889> (BE)

## WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

### **EU-Kommission billigt Übernahme von Pharmaunternehmen**

Die EU-Kommission hat die geplante Übernahme von Allergan durch AbbVie nach der EU-Fusionskontrollverordnung freigegeben. Zur Auflage wurde gemacht, dass Allergan ein Arzneimittel zur Behandlung chronisch-entzündlicher Darmerkrankungen veräußert, das sich derzeit in der Entwicklung befindet. Die Marktuntersuchung der EU-Kommission bestätigte, dass die Übernahme in der ursprünglich angemeldeten Form zu einem Rückgang der Innovationstätigkeit für entsprechende Behandlungsmethoden geführt hätte, da die Entwicklung des Arzneimittels von Allergan durch AbbVie nicht fortgeführt worden wäre. AbbVie mit Sitz in den USA und Allergan mit Sitz in Irland sind global aufgestellte Pharmaunternehmen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_23](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_23)

## TERMINVORSCHAU

### **Rat**

#### **Sonderausschuss Landwirtschaft (20. Januar 2020)**

Der Europäische Green Deal - landwirtschaftliche Aspekte (Vorbereitung der Ratsdebatte).

#### **Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (21. Januar 2020)**

Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen des Vorsitzes); Vorstellung des Programms des Vorsitzes (Gedankenaustausch); Europäischer Grüner Deal – Wirtschaftliche und finanzielle Aspekte (Vorstellung durch die Kommission); Standpunkt des Rates zur Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung.

#### **Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (21. Januar 2020)**

Europäischer Green Deal (Aussprache).

#### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (23. Januar 2020)**

Kraftfahrzeugversicherung (Aussprache).

#### **Rat Landwirtschaft und Fischerei (27. Januar 2020)**

Arbeitsprogramm des Vorsitzes (Vorstellung durch den Vorsitz); Der Grüne Deal - landwirtschaftliche Aspekte (Vorstellung durch die Kommission, Gedankenaustausch).

### **Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (29. Januar 2020)**

Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien.

## **Europäisches Parlament**

### **Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (20./21. Januar 2020)**

Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Prüfung des Entwurfs eines Berichts); Schutz des EU-Binnenmarkts und der Verbraucherrechte vor den negativen Auswirkungen des illegalen Handels mit Heimtieren (Annahme des Entschließungsantrags).

### **Ausschuss für internationalen Handel (20./21. Januar 2020)**

Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (Annahme des Entwurfs einer Empfehlung).

### **Ausschuss für Verkehr und Tourismus (20./21. Januar 2020)**

Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Prüfung des Entwurfs einer Stellungnahme); Aussprache mit Matthew Baldwin, europäischer Koordinator für Straßenverkehrssicherheit; Postdienste in der EU – Vorstellung einer Studie.

### **Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (20./21. Januar 2020)**

Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (Berichterstattung an den Ausschuss über die Verhandlungen); Prioritäten des kroatischen Ratsvorsitzes im Hinblick auf die Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation (Erläuterungen durch Josip Bilaver, kroatischer Staatssekretär).

### **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (22./23. Januar 2020)**

Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (Stellungnahme); Richtlinie (EU) 2016/1148 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (Sitzung zur legislativen Kontrolle); Produkthaftungsrichtlinie (öffentliche

Anhörung); Erläuterungen der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission zu ihrer Studie über die wirtschaftliche Bewertung von Lebensmitteln von zweierlei Qualität im Binnenmarkt; Automatisierte Entscheidungsprozesse: Sicherstellung des Verbraucherschutzes und des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs (Annahme einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung); Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2019 (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Prüfung von Änderungsanträgen für Stellungnahme).

#### **Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (22./23. Januar 2020)**

Umfassendes europäisches Konzept für die Energiespeicherung; Mitteilung der Kommission: Eine effizientere und demokratischere Beschlussfassung in der Energie- und Klimapolitik der EU; Aussprache mit Kadri Simson, Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Energie, über den europäischen Grünen Deal.

#### **Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (22./23. Januar 2020)**

Vorstellung delegierter Rechtsakte im Hinblick auf Tiergesundheit durch einen Vertreter der Kommission.

#### **Ausschuss für Wirtschaft und Währung/Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (23. Januar 2020)**

Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung).

#### **Plenum (29./30. Januar 2020)**

Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft; Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 (Erklärung der Kommission).

## **Europäische Kommission**

#### **Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (28. Januar 2020)**

Arbeitsprogramm der Kommission für 2020; Mitteilung zu 5G-Netzen.

## **Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

### **Plenum (22./23. Januar 2020)**

Debatte über die Prioritäten des kroatischen EU-Ratsvorsitzes mit Gordan Grlić Radman, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Republik Kroatien; Präsentation der Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ mit Olga Kikou, Verantwortliche für europäische Angelegenheiten bei Compassion in World Farming; Debatte „Von der COP 25 zum europäischen Grünen Deal“ mit EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius, Ovais Sarmad, stellvertretender Exekutivsekretär des UN-Klimasekretariats, Enrico Giovannini, Sprecher der italienischen Allianz für nachhaltige Entwicklung (ASviS) und Semia Cherif, leitende Koordinatorin der Studien für das MedECC-Netz, Tunesien; Stellungnahme „Die nachhaltige Wirtschaft, die wir brauchen (Initiativstellungnahme).

## **Europäischer Gerichtshof**

### **Schlussanträge in der Rechtssache C-746/18 (21. Januar 2020)**

Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation beim Zugang der Behörden zu den Verbindungsdaten.

### **Schlussanträge in der Rechtssache C-307/18 (22. Januar 2020)**

Verzögerung bei Generika-Einführung.

### **Schlussanträge in der Rechtssache C-693/18 (23. Januar 2020)**

Täuschung von Käufern über Stickoxid-Ausstoß von Dieselfahrzeugen.

### **Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C 59/19 (27. Januar 2020)**

Ein kleineres Hotelunternehmen aus Deutschland hat die niederländische Booking.com BV vor deutschen Gerichten auf Unterlassung verklagt. Booking.com hat geltend gemacht – in den ersten beiden Instanzen mit Erfolg –, dass die deutschen Gerichte nicht zuständig seien.

*Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Newsletter verfasst von*

*Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel*

*Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)*